



**Motion der FDP-Fraktion
zur Abschaffung der "Dumont-Praxis"
vom 9. Februar 2009**

Die FDP-Fraktion hat am 9. Februar 2009 folgende Motion eingereicht:

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat eine Teilrevision des Steuergesetzes vorzulegen mit dem Ziel, Sanierungen von älteren Bauten durch fiskalische Anreize zu fördern. Das Steuergesetz des Kantons Zug ist an das geänderte Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden anzupassen, wonach die Kosten der Instandstellung von neu erworbenen Liegenschaften von den steuerbaren Einkünften abgezogen werden können.

Begründung:

Im Gebäudebereich liegt ein beträchtliches Energiesparpotenzial. Zahlreiche Häuser – darunter ein Grossteil der Altbauten – haben eine völlig ungenügende Wärmedämmung. Dadurch verpufft ein Teil der Energie wirkungslos. Es muss deshalb alles unternommen werden, um die Sanierung der Altbauten voranzutreiben. Ein Hemmnis für solche Sanierungen ist die sogenannte Dumont-Praxis. Gemäss dieser Praxis dürfen Sanierungskosten bis zu fünf Jahren nach dem Kauf einer bestehenden Liegenschaft nicht steuerlich abgesetzt werden. Die Folge liegt auf der Hand: Die notwendigen Sanierungen werden aufgeschoben.

Am 3. Oktober 2008 beschloss die Bundesversammlung, die „Dumont-Praxis“ abzuschaffen und definierte Art. 32 Abs. 2 im Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer und Art. 9 Abs. 3 im Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden neu.

Im Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden Art. 72j wurde den Kantonen eine Frist von zwei Jahren eingeräumt, diese auf Bundesebene geänderten Vorschriften ebenfalls in ihre Gesetzgebung zu übernehmen. Nach Ablauf dieser Frist findet die Änderung direkt Anwendung, wenn ihnen das kantonale Steuerrecht widerspricht.

Die Änderung erlaubt es, neben baulichen auch energetische Sanierungen älterer Bauten vorzunehmen. Angesichts des Konjunkturreinbruchs sind Altbausanierungen eine gute Möglichkeit, die Wirtschaft zu stützen, Arbeitsplätze zu sichern, die Energieabhängigkeit zu lindern und die Umwelt zu schützen.

Die FDP-Fraktion erwartet, dass der Regierungsrat die Frist von zwei Jahren nicht länger abwartet, sondern diese Änderung unmittelbar umsetzt und die entsprechende Anpassung im Steuergesetz des Kantons Zug vornimmt.